

## Engagement beugt Politikverdrossenheit (nicht immer) vor. Demokratievertrauen und Parlamentszufriedenheit von aktiven Parteimitgliedern\*

Benjamin Höhne

### 1. Partizipation in Parteien und politische Einstellungen von Mitgliedern

In der Partizipations- und Einstellungsorschung ist die Auffassung verbreitet, dass politisches Engagement vor Politikverdrossenheit<sup>1</sup> schützt, obwohl die Kausalbeziehungen, deren Gerichtetheit und Wechselwirkungen zwischen politischem Handeln und politischen Einstellungen und Orientierungen noch nicht hinreichend erforscht sind. Es kommt erschwerend hinzu, dass vorliegende Studien zum Thema teilweise gegensätzliche Ergebnisse vorweisen.<sup>2</sup> Im vorliegenden Beitrag wird das Wechselverhältnis von politischer Teilhabe und Unterstützung auf der Einstellungsdimension anhand von Parteimitgliedern untersucht.<sup>3</sup>

\* Dieser Beitrag wurde stellvertretend für das Team des Instituts für Parlamentarismusforschung (IParl) verfasst, das im April 2016 von *Suzanne S. Schüttemeyer* gegründet wurde. Ohne die engagierte Mitarbeit von *Malte Cordes*, *Daniel Hellmann*, *Anastasia Pschny*, *Danny Schindler* sowie der studentischen Hilfskräfte *Pia Berkhoff* und *Sophie Kopsch* wäre die zeit- und ressourcenintensive Feldforschung im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2017, aus der die hier verwendeten Daten hervorgegangen sind, nicht realisierbar gewesen. Dank gilt nicht zuletzt auch *Oscar W. Gabriel* für seine klugen Kommentare und hilfreichen Verbesserungsvorschläge. Mit dem vorliegenden Beitrag wird ein Forschungsinteresse *Suzanne S. Schüttemeyer* aufgegriffen, die sich in ihrer Dissertation mit dem öffentlichen Ansehen des Deutschen Bundestages und seiner Unterstützung durch die Bevölkerung auseinandergesetzt und im Ergebnis ein „insgesamt positive(s) Parlamentsbild“ attestiert hatte; siehe *Suzanne S. Schüttemeyer*, *Bundestag und Bürger im Spiegel der Demoskopie. Eine Sekundäranalyse zur Parlamentarismusperzeption in Deutschland*, Opladen 1984, S. 273.

1 Zum Terminus der Politikverdrossenheit siehe *Claudia Ritzi*, *Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie – Theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven*, Wiesbaden 2014, S. 137 f.

2 Vgl. *Oscar W. Gabriel*, *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen 1997; *Oskar Niedermayer*, *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung*, Opladen 2001; *Sonja Zmerli*, *Soziales Kapital und politische Partizipation*, in: *Benedikt Widmaier / Frank Nonnenmacher* (Hrsg.), *Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion und Politische Bildung*, Schwalbach im Taunus 2011, S. 31 – 43; *Sofie Marien / Henrik Serup Christensen*, *Trust and Openness: Prerequisites for Democratic Engagement?*, in: *Kyriakos N. Demetriou* (Hrsg.), *Democracy in Transition. Political Participation in the European Union*, Wiesbaden 2013, S. 109 – 134; *Oscar W. Gabriel / Norbert Kersting*, *Politisches Engagement in deutschen Kommunen: Strukturen und Wirkungen auf die politischen Einstellungen von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung*, in: *Bertelsmann Stiftung / Staatsministerium Baden-Württemberg* (Hrsg.), *Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden*, Gütersloh 2014, S. 43 – 181; *Sigrid Rößteutscher / Thorssten Faas / Ulrich Rosar* (Hrsg.), *Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsorschung in Deutschland*, Wiesbaden 2016; *Priska Daphi / Nicole Deitelhoff / Dieter Rucht / Simon Teune* (Hrsg.), *Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests*, Leviathan Sonderband 33, Baden-Baden 2017.

3 Die Partizipation in und durch Parteien wird in der jüngeren akademischen Debatte zur vermeintlichen Krise der zeitgenössischen repräsentativen Demokratie tendenziell kritisch gesehen.

Die Unterstützung wird zum einen über eine Vertrauens- und zum anderen über eine Zufriedenheitsfrage operationalisiert, Partizipation anhand des innerparteilichen Engagements. Die empirische Grundlage bildet eine Befragung aktiver Parteimitglieder innerhalb einer nach Parteien geschichteten Zufallsstichprobe im Vorfeld der Bundestagswahl 2017. Beteiligt haben sich 7.934 Mitglieder durch Beantworten standardisierter Fragebögen in Papierform.<sup>4</sup>

Ohne an dieser Stelle die Erkenntnisse der Einstellungs- und Partizipationsforschung ausführlich diskutieren zu können, sei einführend auf einschlägige Forschungsbefunde verwiesen: Wer sich in einer politischen Partei, aber auch einer Gewerkschaft, einer religiösen Organisation, einem Verein, einer Bürgerinitiative oder einer sonstigen Aktionsform, auch nicht verfasster Spielart, mit anderen Menschen zusammen für abstrakte kollektive Ziele oder konkrete Problemlösungen vor Ort einsetzt, ist Teil einer Gemeinschaft.<sup>5</sup> Zivilgesellschaftliches Engagement wiederum setzt nach dem *Putnamschen Sozialkapitalansatz* Kräfte des Zusammenhalts frei.<sup>6</sup> Es befördere interpersonales Vertrauen genauso wie politisches

Lauter geworden ist der Ruf, die als unzulänglich erachteten „etablierten“ Partizipationskanäle durch innovative zu ersetzen, um die Demokratie wieder partizipativ zu stärken, siehe auch *Graham Smith*, Democratic Innovations: Designing Institutions for Citizen Participation, Cambridge 2009; *Brigitte Geißel / Kenneth Newton*, Evaluating Democratic Innovations. Curing the Democratic Malaise?, Abingdon 2012.

- 4 Im Zufallssample wurden 15.504 Mitglieder aller sieben seit der Wahl am 24. September 2017 im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien befragt (CDU, CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP, AfD; Reihung nach Mitgliederzahl zum 31. Dezember 2016, Unionsparteien zusammengenommen, siehe *Oskar Niedermayer*, Parteimitgliedschaften im Jahr 2016, in: ZParl, 48. Jg. (2017), H. 2, S. 370 – 396). Die Rücklaufquote beträgt 51 Prozent. Die Erhebung fand zwischen 15. September 2016 und 9. Juli 2017 statt, ausgeführt vom Meinungsforschungsinstitut policy matters. Teil der Vollerhebung waren alle auswahlberechtigten Parteimitglieder auf den Versammlungen für insgesamt 89 Wahlkreis- und 48 Landeslistennominierungen. Finanziert wurde das Projekt von der Stiftung Wissenschaft und Demokratie in Kiel. Für nähere Informationen zu den Methodenmodulen siehe [www.iparl.de](http://www.iparl.de). Entsprechend dem Projektdesign geben die Daten Auskunft zu den Einstellungen und Sichtweisen der aktiv am Parteileben teilhabenden Mitglieder, wobei das Aktivitätsmerkmal durch die Teilnahme an einer Aufstellungsversammlung definiert ist. Damit grenzt sich diese Studie von solchen ab, die auch die Einstellungen der passiven Mitglieder erhoben haben, siehe insbesondere *Tim Spier / Markus Klein / Ulrich von Alemann / Hanna Hoffmann / Annika Laux / Alexandra Nonnenmacher / Katharina Rohrbach* (Hrsg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011. Zur Potsdamer Parteimitgliederstudie von 2009 siehe beispielweise *Markus Klein / Tim Spier*, Die Deutsche Parteimitgliederstudie 2009, in: *Ulrich von Alemann / Martin Morlok / Tim Spier* (Hrsg.), Parteien ohne Mitglieder?, Baden-Baden, S. 45 – 59.
- 5 Zur Systematisierung verschiedener Partizipationsformen siehe *Sonja Zmerli*, Soziales Kapital und politische Partizipation, in: *Benedikt Widmaier / Frank Nonnenmacher* (Hrsg.), Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion und Politische Bildung, Schwalbach im Taunus 2011, S. 31 – 43, S. 36 f.
- 6 Siehe *Robert D. Putnam*, Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton 1993. Anzumerken ist, dass das parteienvermittelte Engagement in einer Parteidemokratie wie der deutschen mit ihrer langen Tradition einer substanziellen Partizipation in Parteien als zivilgesellschaftliche Ressource eingeordnet werden kann, was *Putnam* mit Blick auf Italien nicht getan hat. Für eine differenzierte Studie dazu siehe *Dietlind Stolle / Thomas R. Rochon*, Are All Associations Alike? Member Diversity, Associational Type, and the Creation of Social Capital, in: American Behavioral Scientist, 42. Jg. (1998), H. 1, S. 47 – 65, vgl. auch *Sigrid Rosteutscher*, Soziale Partizipation und Soziales Kapital, in: *Viktoria Kaina / Andrea Römmel* (Hrsg.), Politische Soziologie, Wiesbaden 2009, S. 163 – 180; *Ansgar Klein / Kristine Kern / Brigitte Geißel / Maria Berger* (Hrsg.), Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden 2004.

Vertrauen. Ein ausreichend großes Ausmaß an Vertrauen hatte bereits der Soziologe *Georg Simmel* als „eine der wichtigsten synthetischen Kräfte innerhalb der Gesellschaft“<sup>7</sup> erkannt. Es gilt nach der in den 1950er Jahren etablierten Politischen Kulturforschung und ihrem Idealtyp der „Civic Culture“ als eine unabdingbare kulturelle Voraussetzung für eine funktionierende repräsentative Demokratie.<sup>8</sup>

Zweifellos ist Vertrauen auch in den pluralisierten Gesellschaften der Gegenwart mit ihren mannigfaltigen Distinktionen ein wichtiges Bindemittel, das an Bedeutung sogar gewonnen haben könnte.<sup>9</sup> Einhergehend mit den Veränderungsprozessen postindustrieller Gesellschaften, wie zum Beispiel dem Wertewandel, dem Aufkommen neuer sozialer Bewegungen und unkonventioneller Partizipationsformen<sup>10</sup> sowie steigender globaler Mobilität, wurde in aktuelleren Studien darauf hingewiesen, dass sich auch fehlendes Vertrauen oder sogar Misstrauen – solange es nicht in Apathie umschlägt – in positiver Weise auf die Demokratie auswirken kann, nämlich als Impetus, Repräsentations- und Integrationsdefizite zu identifizieren, abzubauen und etablierte Entscheidungsverfahren neu zu denken und zu gestalten. Der Zusammenhang zwischen Einstellungen und Partizipation stellt sich bei diesen Erscheinungen allerdings oftmals anders dar: Politisch unzufriedene Bürger engagieren sich, wenn überhaupt, eher unkonventionell und weniger konventionell als in einer Partei, so die den sozialwissenschaftlichen Paradigmenwechsel begleitende „Critical-Citizens“-These.<sup>11</sup> Es geht im Grunde genommen mehr darum, Protest zu artikulieren, als einer tradierten staatsbürgerlichen Verantwortung durch klassisch bürgerschaftliches Engagement gerecht zu werden.

Dieser parteienferne Zugang zur Politik kann trotz seiner Nützlichkeitserwägungen Phänomene wie die Vertrauenserrosion oder Wahlenthaltung mit all ihren problematischen Implikationen für die repräsentative Demokratie aber augenscheinlich nicht ausgleichen, geschweige denn umkehren. Beispielsweise erscheint die stärkere Bedeutung, die die Transparenz<sup>12</sup> in der jüngeren Vergangenheit im Politischen erfahren hat, als reziproke Kehrseite dieser Asymmetrie: Wer politisch nicht vertrauen kann oder will, verspricht sich

7 *Georg Simmel*, Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Gesamtausgabe, Band 11, Frankfurt am Main 1992, S. 393.

8 Vgl. *Gabriel A. Almond / Sidney Verba*, The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton / New Jersey 1963; *Max Kaase*, Interpersonal Trust, Political Trust and Non-institutionalized Political Participation in Western Europe, in: *West European Politics*, 3. Jg. (1999), H. 2, S. 1 – 21.

9 Vgl. *Bo Rothstein*, Social Traps and the Problem of Trust, Cambridge 2005.

10 Vgl. *Ronald Inglehart*, The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: *The American Political Science Review*, 65. Jg. (1971), H. 4, S. 991 – 1017; *Maria Markantonatou*, The Post-Welfare State and Changing Forms of Political Participation, in: *Kyriakos N. Demetriou* (Hrsg.), Democracy in Transition. Political Participation in the European Union, Wiesbaden 2013, S. 43 – 60.

11 Siehe zum Beispiel *Sofie Marien / Henrik Serup Christensen*, Trust and Openness: Prerequisites for Democratic Engagement?, in: *Kyriakos N. Demetriou* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 10), S. 109 – 134, S. 120. Für einen Überblick zu Studien, die diesen Zusammenhang untersucht haben und zu teils widersprüchlichen Ergebnissen kommen, siehe *Oscar W. Gabriel*, Participation and Political Trust, in: *Sonja Zmerli / Tom W.G. van der Meer* (Hrsg.), Handbook on Political Trust, Cheltenham 2017, S. 228 – 241, S. 235 f.

12 Vgl. *Arthur Benz*, Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat, in: *Michael Th. Greven* (Hrsg.), Demokratie – eine Kultur des Westens?, Wiesbaden 1998, S. 201 – 222.

Kompensation durch eine bessere politische Durch- und Einsicht. Aber wie man es auch dreht und wendet, Vertrauenseinbrüche tragen zu mehr Fragilität demokratischer Repräsentation bei.<sup>13</sup>

Politische Parteien sind als tragende intermediäre Säule der repräsentativen Demokratie in besonderer Weise von diesen Veränderungen betroffen.<sup>14</sup> Sie stehen bei ihrer Funktionsausübung zunehmend in Konkurrenz zu anderen Akteuren. Ihre Mitgliederbasis schwindet, damit auch ihre gesellschaftliche Verankerung. Dennoch sind ihre Aufgaben bei der Organisation von Demokratie unverändert: Sie identifizieren, selektieren, aggregieren und mobilisieren Interessen. Sie wirken an der öffentlichen Meinungsbildung mit. Intern bieten sie so genannte konventionelle Partizipationsmöglichkeiten an, die politisch sozialisierend wirken und gesellschaftliche Bindegkräfte entfalten (Partei als „Schule der Demokratie“). Sie schaffen ein programmatisches und personelles Angebot bei Wahlen und konkurrieren um Wählerstimmen. Schließlich übernehmen sie Verantwortung in Parlamenten und Regierungen. Am Ende eines Entscheidungsprozesses koppeln sie, direkt oder vermittelt, Outputs an gesellschaftliche Bezugsgruppen zurück. Damit tragen sie in Abhängigkeit wahrgenommener und zugeschriebener Leistungserbringung indirekt zur Demokratieunterstützung der Bürger bei.<sup>15</sup>

Vor allem aufgrund dieser vielfältigen Vermittlungsleistungen ist das Parteiengagement besonders wichtig, aber auch anspruchsvoll. Es wird als „High-Intensity Participation“<sup>16</sup> eingeordnet. Hoch ist der individuelle Ressourceneinsatz bei einer aktiven Mitgliedschaft in diesen Freiwilligenorganisationen. Instrumentelle Anreize bestehen unter anderem in Form von Ämtern und Mandaten. Aufgrund des traditionell geringen Parteiansehens erfahren engagierte Mitglieder jedoch kaum öffentliche Anerkennung.<sup>17</sup> Aus der Verortung der Parteien an der Schnittstelle zwischen Gesellschaft und staatlichen Institutionen, insbesondere den parlamentarischen, ergeben sich zwei relevante Schlussfolgerungen: Erstens sind Parteimitglieder, zumindest die aktiven unter ihnen, sowohl stärker eingebunden in politische Auseinandersetzungen und Strukturen als auch politisch interessierter als die meisten Bür-

13 Vgl. *Ivan Krastev*, Democracy Disrupted. The Politics of Global Protest, Philadelphia 2014.

14 Vgl. jüngst *Susan E. Scarrow / Paul D. Webb / Thomas Poguntke* (Hrsg.), Organizing Political Parties: Representation, Participation, and Power, Oxford 2017.

15 Vgl. *Dieter Fuchs*, Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1989.

16 Anders als bei temporär oder thematisch-punktuell angelegten Beteiligungsformen erfordert eine Parteimitgliedschaft, die über eine symbolische Unterstützung hinaus etwas bewirken möchte, tendenziell eine größere individuelle Investitionsbereitschaft. Dazu gehören vor allem Zeit, politisches Interesse, das sich nicht zu eng nur auf einzelne Themen richtet, die Bereitschaft zum Kompromiss, Ausdauer beim Engagement, das Einfügen in formale Abläufe einer hierarchischen Organisation und, nicht zu vernachlässigen, auch das Entrichten eines Mitgliedsbeitrages, siehe *Paul Whiteley / Patrick Seyd*, High-Intensity Participation. The Dynamics of Party Activism in Britain, Ann Arbor 2002. Für eine aktuelle Parteimitgliederstudie mit qualitativem Forschungsansatz siehe *Benjamin Höhne*, Demokratie braucht Engagement. Gesellschaftliche und politische Beteiligung in und außerhalb von Parteien aus Sicht von Mitgliedern und Nichtmitgliedern, Konrad-Adenauer-Stiftung, Forum Empirische Sozialforschung, Sankt Augustin / Berlin 2015.

17 Vgl. *Oskar Niedermayer*, Keine Parteienverdrossenheit, aber Parteienkritik. Die Bürgerorientierungen gegenüber den Bundestagsparteien, in: *ders. / Benjamin Höhne / Uwe Jun* (Hrsg.), Abkehr von den Parteien? Parteidemokratie und Bürgerprotest, Wiesbaden 2013, S. 45 – 65; *Oscar W. Gabriel*, Einstellungen der Bürger zu den politischen Parteien, in: *Oskar Niedermayer* (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 319 – 347.

ger ohne Parteibuch.<sup>18</sup> Demoskopische Fragen dürften sie folglich informierter beantworten. Zweitens ist nach dem Konzept des „Political Efficacy“<sup>19</sup> zu erwarten, dass Personen, die davon überzeugt sind, politische Entscheidungen mitgestalten zu können, größere mentale Unterstützungsleistungen aufbringen.

## 2. Anmerkungen zur Einstellungsmessung und Forschungsfragen

Politische Einstellungen können, ihrer inhärenten Vielschichtigkeit angemessen, mittels multidimensionaler Systematisierungsansätze in demoskopischen Fragestellungen konkretisiert sowie vereinfacht und meist rhetorisch zugespitzt werden. Differenziert wird allgemein betrachtet nach Einstellungs- beziehungsweise Unterstützungsarten und Bezugsobjekten. Demzufolge lassen sich substanzelle politische Einstellungen, die zum Beispiel auf die Staatsorganisationsprinzipien und zugrundeliegende Wertvorstellungen gerichtet sein können, von eher fluiden, etwa auf Einzelaspekte des Politikalltags abzielenden, unterscheiden. Ihr Verhältnis zueinander ist komplex; es kann mit den Begriffen Koexistenz, Interdependenz und Konvergenz beschrieben werden. Die wichtigsten Einflussgrößen der – einstellungsbedingten – politischen Unterstützung sind neben sozialisatorischen und politischen nicht zuletzt auch ökonomische.<sup>20</sup>

Innerhalb der Einstellungsarten, die als Indikator der politischen Unterstützung diskutiert und für die empirische Forschung herangezogen werden, nimmt politisches Vertrauen eine herausgehobene Stellung ein. Es bildet ein Mixtum Compositum vor allem aus gewichtigen affektiven Orientierungen, hinzukommen kognitive und evaluative.<sup>21</sup> Referenzobjekt einer Frage zum Vertrauen kann die Demokratie als Staatsorganisationsprinzip sein, genauso wie die beständigen oder adaptiven Teilebereiche eines politischen Systems mit seinen institutionellen und individuellen Akteuren sowie den Politikfeldern in ihrer spezifischen Ausrichtung. Mit solchen Fragen sollen analog zum Konzept diffuser Unterstützung von *David Easton* Einstellungen gemessen werden, die sich tendenziell durch auf Dauer angelegte Stabilität und Unabhängigkeit von einzelnen politischen Handlungen oder singu-

18 Vgl. Irene Martin / Jan W. van Deth, Political Involvement, in: ders. / José Ramón Montero / Anders Westholm (Hrsg.), *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*, London 2007, S. 303 – 333.

19 Vgl. George I. Balch, Multiple Indicators in Survey Research: The Concept “Sense of Political Efficacy”, in: *Political Methodology*, 1. Jg. (1974), H. 2, S. 1 – 43; Angelika Vetter, *Political Efficacy – Reliabilität und Validität. Alte und neue Messmethoden im Vergleich*, Wiesbaden 1997; Gabriel Badescu / Katja Neller, Explaining Associational Involvement, in: Jan W. van Deth / José Ramón Montero / Anders Westholm (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 18), S. 158 – 187, S. 164 f.

20 Vgl. Klaus Armingeon / Kai Guthmann, Democracy in Crisis? The Declining Support for National Democracy in European Countries, 2007 – 2011, in: *European Journal of Political Research*, 53. Jg. (2014), H. 3, S. 423 – 442, S. 439; Hendrik Lange, Determinanten der Demokratiezufriedenheit. Einfluss ökonomischer Faktoren auf die politische Kultur in der BRD, Wiesbaden 2018; Kenneth Newton, Support for Democracy. Social Capital, Civil Society and Political Performance, WZB Discussion Paper, Berlin 2005; Pippa Norris, Institutional Explanations for Political Support, in: dies. (Hrsg.), *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Oxford 1999, S. 217 – 235.

21 Vgl. zum Beispiel Joachim Behnke, Vertrauen und Kontrolle: Der Einfluss von Werten auf Einstellungen zu politischen Institutionen, in: ZParl, 40. Jg. (2009), H. 2, S. 397 – 413, S. 400.

lären Ergebnissen auszeichnen.<sup>22</sup> Dies macht sie wie kaum eine andere Frage zu einem probaten und gleichermaßen beliebten Instrument zur Messung tief verankerter Bevölkerungseinstellungen.<sup>23</sup>

Demgegenüber weisen Zufriedenheitsfragen nach *Eastons* Verständnis spezifischer Unterstützung einen engeren Outputbezug auf. Mit diesen sollen Einstellungen sozialwissenschaftlich vermessen werden, die stärker von situativen Ereignissen, Konstellationen und Leistungen beeinflusst sind. Es geht weniger um die Idealvorstellung, was eine Institution oder ein politischer Akteur leisten soll, als um die Evaluation der demonstrierten und perzipierten Funktionsweise. Folglich sind Zufriedenheitskurven tendenziell schwankender als die von Vertrauen. Ähnlich hierzu kann sich die Zufriedenheit ebenso auf verschiedene Politikdimensionen mit divergierendem Allgemeinheitsgrad richten; sie zeichnet sich jedoch durch größere Ambiguität aus.<sup>24</sup>

Wie die individuelle Einstellungs- und die Handlungsebene innerhalb des Rahmens ‚Parteiorganisation‘ miteinander verbunden sind, wird im Folgenden analysiert. Auch wenn ausgehend von der Forschungsliteratur zwischen beiden eher ein Korrelations- denn ein unidirektionales Ursache-Wirkungs-Verhältnis<sup>25</sup> zu erwarten ist, wird innerparteiliches Engagement als unabhängige Variable konzipiert und politische Unterstützung als Zielvariable analysiert.<sup>26</sup>

Die Leitfrage lautet: Wie wirkt sich das Parteiengagement positiv wie negativ auf grundlegende Demokratieeinstellungen aus? Daran anknüpfend sind die Erklärungsschemata der

22 Vgl. *David Easton*, *A System Analysis of Political Life*, New York / London / Sydney 1965.

23 Vgl. *Herbert Döring*, Aspekte des Vertrauens in Institutionen. Westeuropa im Querschnitt der Internationalen Wertestudie 1981, in: *ZfS*, 19. Jg. (1990), H. 2, S. 73 – 89; *Benjamin Höhne*, Vertrauen oder Misstrauen? Wie stehen die Ostdeutschen 15 Jahre nach der Wiedervereinigung zu ihrem politischen System?, Marburg 2006; *Dieter Walz*, Einstellungen zu den politischen Institutionen, in: *Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen 1997, S. 147 – 165.

24 Zur Diskussion der Zufriedenheitsfrage und ihren multiplen Implikationen siehe *Damarys Canache / Jeffery J. Mondak / Mitchell A. Seligson*, Meaning and Measurement in Cross-National Research on Satisfaction with Democracy, in: *Public Opinion Quarterly*, 65. Jg. (2001), H. 4, S. 506 – 528; *Russel J. Dalton*, Political Support in Advanced Industrial Democracies, in: *Pippa Norris* (Hrsg.), *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Oxford 1999, S. 57 – 77; *Susanne Pickel*, Politische Kultur, Systemvertrauen und Demokratiezufriedenheit. Wann fühlen sich die Bürger gut regiert?, in: *Karl-Rudolf Korte / Timo Grunden* (Hrsg.), *Handbuch Regierungsforschung*, Wiesbaden 2013, S. 161 – 174; *Markus Tausendpfund*, Zufriedenheit mit der Demokratie, in: *ders. / Angelika Vetter* (Hrsg.), *Politische Einstellungen von Kommunalpolitikern im Vergleich*, Wiesbaden 2017, S. 457 – 483, S. 459 f., S. 475.

25 Vgl. *Oscar W. Gabriel*, a.a.O. (Fn. 12), S. 231; *Kenneth Newton*, Support for Democracy. Social Capital, Civil Society and Political Performance, WZB Discussion Paper, Berlin 2005, S. 19.

26 Für die umgekehrte Wirkungsrichtung finden sich in der Literatur widersprüchliche Aussagen, siehe *Sonja Zmerli*, Soziales Kapital und politische Partizipation, in: *Benedikt Widmaier / Frank Nonnenmacher* (Hrsg.), *Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion und Politische Bildung*, Schwalbach im Taunus 2011, S. 31 – 43, S. 40 f. So wurde zum Beispiel in einer ländervergleichenden Studie kein positiver Effekt sozialen Vertrauens auf die Mitgliedschaft in einer Partei gefunden, siehe *Oscar W. Gabriel / Volker Kunz / Sigrid Rösteutscher / Jan W. van Deth*, Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich, Wien 2002, S. 170 – 174. Andere Studien dagegen deuten auf schwache, negative und positive Effekte hin, siehe beispielsweise *Klaus Armingeon*, Political Participation and Associational Involvement, in: *Jan W. van Deth / José Ramón Montero / Anders Westholm* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 18), S. 358 – 383.

klassischen Politischen Kulturforschung über die positive Korrelation zwischen dem Parteienagement und der Demokratieunterstützung<sup>27</sup> auf diesem Generalisierungsniveau zu hinterfragen und damit ein wissenschaftlich bisher eher randständiges Phänomen aufzugeben: Wird politische Unterstützung auch von Personen gewährt, die partizipieren, aber einer Partei angehören, die innerhalb ihres internen Meinungs- und Programmspektrums Skepsis bis Ablehnung gegenüber der tatsächlichen Erscheinungsform der Demokratie zum Ausdruck bringt?<sup>28</sup> Gilt für das typische Mitglied einer systemkritischen Partei dann womöglich die Hypothese: je engagierter, desto unzufriedener mit der ‚etablierten‘ Politik, oder umgekehrt formuliert: je politikverdrossener, desto aktiver in der Partei? So ließe sich jedenfalls die Geschichte grüner Parteien in Europa lesen, die sich in ihrer Anfangsphase selbst als Anti-Parteien-Parteien idealisiert hatten, jedoch ihr Streben nach radikaler Demokratisierung der Demokratie schon bald durch parteipolitisch stimulierte Lern- und Integrationsprozesse abgeschwächt wurde.<sup>29</sup>

### 3. Befunde: breite politische Unterstützung in der Mitte des Parteienspektrums, Abwendung an den Rändern

Mit der Frage nach dem Vertrauen in die repräsentative Demokratie der Bundesrepublik Deutschland soll, wie im vorherigen Abschnitt skizziert, von konkreten, situationsbezogenen politischen Leistungswahrnehmungen und -evaluationen abstrahiert werden und die grundsätzliche Einstellung des Parteimitglieds zur wahrgenommenen Wirklichkeit der repräsentativen Demokratie in Deutschland zum Ausdruck gebracht werden. Wie Tabelle 1 zu entnehmen ist, fällt das Vertrauen der aktiven Mitglieder aus den Unionsparteien, der SPD, der FDP und den Grünen überaus beträchtlich aus. Die addierten Anteile aus sehr großem und großem Vertrauen erreichen Spitzenwerte zwischen mindestens 86 Prozent bei den Liberalen und maximal 94 Prozent bei den Christdemokraten.

Dieses Bild kehrt sich bei den Parteien auf der linken und der rechten Seite des Parteienwettbewerbs um. Bei der Linken (51,8 Prozent) und noch deutlicher bei der AfD (56,2 Prozent) gibt mehr als die absolute Mehrheit der Befragten zu Protokoll, nur wenig zu vertrauen. Während immerhin 38 Prozent in der Parteiformation aus Postkommunisten, Ex-WASGlern und Neulinken großes Vertrauen aufweisen, vertraut fast ein Drittel der Rechtspopulisten überhaupt nicht (31 Prozent). Dass dieses Misstrauen mit einer innerparteilich als erfolgreich angesehenen Arbeit der AfD-Bundestagsfraktion allmählich etwas abnimmt, kann nach der „Efficacy“-Hypothese als nicht unwahrscheinlich gelten (siehe Ab-

27 Vgl. dazu *Laura Morales / Peter Geurts*, Associational Involvement, in: *Jan W. van Deth / José Ramón Montero / Anders Westholm* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 18), S. 135 – 157.

28 Zu Policy-Kongruenzen von Parteien und Parteimitgliedern beziehungsweise -anhängern siehe *Anna Kern*, Identifikation mit politischen Parteien und Demokratiezufriedenheit: Eine Längsschnittanalyse zum Einfluss von Parteiidentifikation in Deutschland, in: *PVS*, 58. Jg. (2017), H. 1, S. 49 – 74; *Alan S. Gerber / Gregory A. Huber / Ebonya Washington*, Party Affiliation, Partisanship, and Political Beliefs: A Field Experiment, in: *American Political Science Review*, 104. Jg. (2010), H. 4, S. 720 – 744.

29 Vgl. *Sebastian Bukow / Niko Switek*, Die grüne Parteienfamilie, in: *Uwe Jun / Benjamin Höhne* (Hrsg.), Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Opladen / Berlin / Toronto 2012, S. 185 – 219.

**Tabelle 1: Vertrauen in die repräsentative Demokratie (in Prozent)**

	CDU	CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
sehr großes Vertrauen	32,9	21,9	32,4	20,9	3,0	22,0	1,4
großes Vertrauen	61,0	66,8	60,3	67,6	38,1	64,1	12,0
wenig Vertrauen	5,9	11,2	7,1	11,1	51,8	13,1	56,2
gar kein Vertrauen	0,1	0,0	0,2	0,3	7,2	0,9	30,5
N	1.512	374	1.656	1.192	796	1.174	1.077

Fragestellung: „Wie viel Vertrauen haben Sie ganz allgemein in die repräsentative Demokratie der Bundesrepublik Deutschland?“

Quelle: Eigene Darstellung (N = 7.781), IParl-Befragung zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2017.

schnitt 2). Schließlich wurden die Widersacher der von ihnen geschmähten „Altparteien“ mit ihrer Wahl in den Bundestag nicht nur zum gleichrangigen Mitspieler im Herzen der deutschen Demokratie, sondern nach der Regierungsbildung zum Oppositionsführer.

Die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie der Deutsche Bundestag funktioniert, ausdifferenziert nach Parteimitgliedern, zeigt Tabelle 2. Demnach liegt das über die Zufriedenheitsfrage gemessene Unterstützungs niveau insgesamt unterhalb desjenigen zum Vertrauen. Die Verteilung nach Parteien ist ähnlich zu der des Vertrauens, lediglich etwas stärker zwischen diesen konturiert. So zeigen sich die Mitglieder der Parteien, abgesehen von denen der systemkritischen AfD und der Linkspartei, ganz überwiegend zufrieden (von 49,5 Prozent bei den Freien Demokraten bis 73,4 Prozent bei den Christdemokraten). Der Anteil der sehr Zufriedenen liegt in den systemtragenden Parteien zwischen immerhin 10,2 Prozent bei der CDU und 3,4 Prozent bei der FDP. Dass die Liberalen mit diesem Wert sowie dem für das Item „wenig zufrieden“ (39,9 Prozent) ausscheren, dürfte darauf zurückzuführen sein, dass sie während des Befragungszeitraums dem Bundestag nicht angehörten, woraus – zumindest so eine nahliegende Vermutung – bei einigen ihrer Angehörigen eine gewisse Unzufriedenheit mit dessen Funktionieren resultierte.

Eine eindeutige Dominanz von Unzufriedenheit besteht dagegen an den beiden Rändern des Parteispektrums, wenngleich mit einer bemerkenswerten Differenz. Bei der Linken zeigen sich nur 14,4 Prozent gar nicht zufrieden, während es bei den Rechtspopulisten mit 59,2 Prozent mehr als viermal so viele sind. Nimmt man den Anteil der weniger und der gar nicht Zufriedenen bei der AfD zusammen, ergibt sich sogar ein Wert von 95,2 Prozent. Diese gewaltige Unzufriedenheit von Mitgliedern beider Parteien mit einer Kerninstitution der deutschen Demokratie geht einher mit den systemkritischen und populistischen

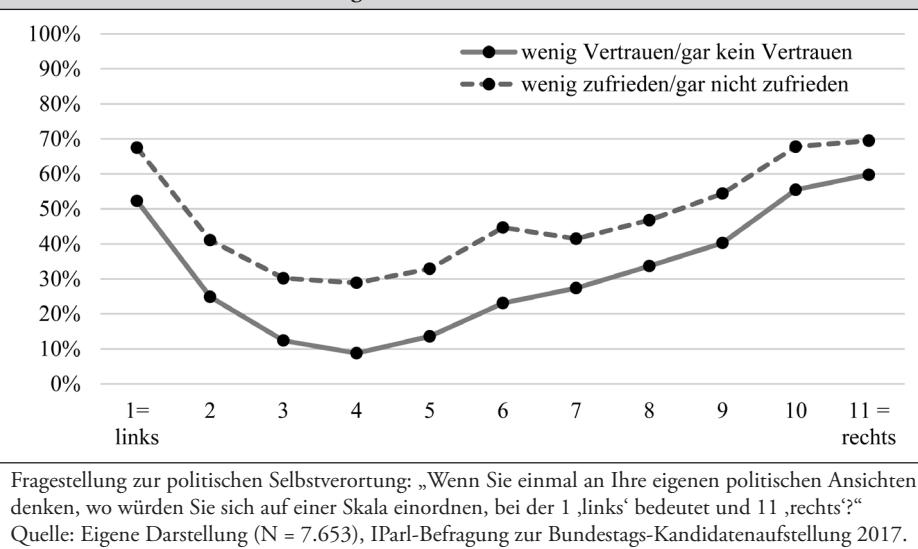
**Tabelle 2: Zufriedenheit mit dem Deutschen Bundestag (in Prozent)**

	CDU	CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
sehr zufrieden	10,2	5,1	7,3	3,8	0,5	3,4	0,5
zufrieden	73,4	71,0	69,0	64,6	25,8	49,5	4,4
weniger zufrieden	15,6	23,1	22,3	29,6	59,3	39,9	36,0
gar nicht zufrieden	0,8	0,8	1,4	1,9	14,4	7,1	59,2
N	1.510	373	1.660	1.198	803	1.177	1.087

Fragestellung: „Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie der Deutsche Bundestag funktioniert?“

Quelle: Eigene Darstellung (N = 7.808), IParl-Befragung zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2017.

Abbildung 1: Keine oder schwache politische Unterstützung von Parteimitgliedern nach Links-Rechts-Selbstverortung (in Prozent)



Fragestellung zur politischen Selbstverortung: „Wenn Sie einmal an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie sich auf einer Skala einordnen, bei der 1 ‚links‘ bedeutet und 11 ‚rechts‘?“

Quelle: Eigene Darstellung (N = 7.653), IParl-Befragung zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2017.

Positionen beider Parteien beziehungsweise einflussreicher Untergliederungen.<sup>30</sup>

Wie Abbildung 1 zu entnehmen ist, bildet die Selbstverortung der aktiven Parteimitglieder auf der Links-Rechts-Achse in Verbindung mit den beiden hier herangezogenen Unterstützungsindikatoren eine u-förmige Kurve mit linksschiefer Verteilung. Demnach ist vertragte Unterstützung äußerst links und äußerst rechts am häufigsten.<sup>31</sup> Im linken Spektrum steigen die Vertrauens- und Zufriedenheitswerte aber schnell zur Mitte hin an, während im rechten – so die Interpretation der Kurven – fehlende Unterstützung ein verbreiterteres Phänomen darstellt, das schon in der politischen Mitte „an Fahrt aufnimmt“.

Dass das Vertrauen von ganz links bis ganz rechts immer größer ausfällt als die Zufriedenheit, unterstützt zum einen die eingangs dargestellten theoretischen Überlegungen zum differierenden Bedeutungsgehalt der beiden Messinstrumente. Zum anderen deuten die ähnlichen Entwicklungsrichtungen der Kurven aber auch darauf hin, dass sich zwei Effekte miteinander vermischt haben könnten, obwohl sie auf unterschiedliche politische Referenzbereiche gerichtet sind und verschiedene Einstellungsarten ansprechen sollen. Die Trennschärfe zwischen beiden Indikatoren besteht in der praktischen Einstellungswelt offenbar nicht in dem Maße, wie es die theoretische Konstruktion als wünschenswert erscheinen ließe.

30 Vgl. beispielsweise *Joel Rosenfelder*, Die Programmatik der AfD: Inwiefern hat sie sich von einer primär euroskeptischen zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt?, in: ZParl, 48. Jg. (2017), H. 1, S. 123 – 140; *Benjamin Höhne*, DIE LINKE. Entwicklungsperspektiven zwischen Extremismus, Populismus und Regierungspragmatismus, Sankt Augustin / Berlin 2016.

31 Vgl. dazu eine Befragung von Kommunalpolitikern in Deutschland mit ähnlichem Ergebnis bei *Markus Tausendpfund*, Zufriedenheit mit der Demokratie, in: *ders. / Angelika Vetter (Hrsg.)*, Politische Einstellungen von Kommunalpolitikern im Vergleich, Wiesbaden 2017, S. 457 – 483, S. 466.

Was erklärt die dargestellte Demokratie- und Bundestagsunterstützung von aktiven Parteimitgliedern beziehungsweise deren ablehnende Haltung? Zur Beantwortung dieser Frage und der daran anschließenden zum Einfluss parteipolitischer Partizipation auf die Demokratie- und Bundestagsunterstützung wird eine multivariate Analyse durchgeführt. Die Er-

Tabelle 3: Regressionsmodelle zur Erklärung politischer Unterstützung von Parteimitgliedern						
Erklärende Variable	Vertrauen in die Demokratie Deutschlands			Zufriedenheit mit dem Bundestag		
	Modell A (alle Bun- destagspar- teien)	Modell B (system- kritische Parteien)	Modell C (system- tragende Parteien)	Modell A (alle Bun- destagspar- teien)	Modell B (system- kritische Parteien)	Modell C (system- tragende Parteien)
Parteimitgliedschaftsdauer	1,023*** (0,004)	1,028*** (0,008)	1,022*** (0,005)	1,016*** (0,003)	1,023** (0,007)	1,014*** (0,003)
Engagementprofessionalität	1,121*** (0,025)	1,133** (0,048)	1,098** (0,032)	1,048* (0,019)	1,166*** (0,039)	1,033 (0,020)
Engagementintensität (RG: bis 5 Stunden)	–	–	–	–	–	–
6 bis 20 Stunden	1,081 (0,115)	0,826 (0,240)	1,129 (0,138)	0,952 (0,089)	0,920 (0,198)	0,958 (0,095)
mehr als 21 Stunden	1,062 (0,131)	0,617 (0,268)	1,161 (0,163)	0,911 (0,101)	0,864 (0,216)	0,953 (0,108)
Parteizugehörigkeit (RG: systemtragend)	0,047*** (0,096)	–	–	0,078*** (0,096)	–	–
Ideologische Selbstverortung (RG: moderat)	0,825 (0,138)	–	–	0,959 (0,135)	–	–
Geschlecht (RG: weiblich)	0,897 (0,089)	1,095 (0,182)	0,855 (0,110)	1,129 (0,068)	0,904 (0,149)	1,115 (0,073)
Alter (RG: 40 bis 55 Jahre)	–	–	–	–	–	–
18 bis 39 Jahre	1,859*** (0,112)	2,541*** (0,201)	1,732*** (0,152)	1,902*** (0,087)	2,064*** (0,167)	1,779*** (0,096)
ab 56 Jahre	0,761** (0,102)	0,671 (0,220)	0,732* (0,131)	0,626*** (0,080)	0,838 (0,163)	0,619*** (0,086)
Bildungsniveau (RG: niedrig)	–	–	–	–	–	–
mittleres Bildungsniveau	1,459** (0,123)	1,284 (0,244)	1,555** (0,159)	1,047 (0,098)	1,247 (0,193)	0,992 (0,108)
hohes Bildungsniveau	1,874*** (0,100)	1,512 (0,217)	1,902*** (0,123)	1,194* (0,079)	1,648** (0,167)	1,122 (0,086)
Konstante	2,984*** (0,148)	0,081*** (0,290)	3,112*** (0,183)	1,565*** (0,118)	0,147*** (0,233)	1,778*** (0,128)
Aufgenommene Fälle	5.694	1.325	4.452	5.716	1.315	4.465
Pseudo R <sup>2</sup> (Nagelkerke)	0,490	0,087	0,045	0,333	0,081	0,037
Log-Likelihood	3.990,359	1.016,448	2.621,521	6.119,324	1.439,034	5.165,501
Anmerkung: RG = Referenzgruppe, Werte: odds ratio, Standardfehler in Klammern, *p < 0,05; **p < 0,01; ***p < 0,001.						
Quelle: Eigene Darstellung, IParl-Befragung zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2017.						

gebnisse sind in Tabelle 3 dokumentiert. Bestandteile sind jeweils drei binomiale logistische Regressionen zu den beiden binär kodierten politischen Unterstützungsarten.<sup>32</sup>

Die Parteipartizipation wird über drei Indikatoren gemessen: erstens die Parteimitgliedschaftsdauer, zweitens die „Engagementprofessionalität“, basierend auf den angegebenen ausübtene Parteivorstandpositionen und Parlamentsmandaten, und drittens die „Engagementintensität“, die die für die ehrenamtliche Parteiarbeit aufgewendete Zeit beinhaltet. Ausgehend von der beinahe schwarz-weißen Antwortverteilung bei den beiden Unterstützungsleistungen, einerseits entlang der Mitte des Parteiensystems, andererseits an den Rändern (siehe Tabelle 1 und 2), wird die individuelle Zugehörigkeit zu einer „systemtragenden“ oder zu einer „systemkritischen“ Partei festgelegt. Diese Dummy-Variable stützt sich allein auf das ein-dimensionale Kriterium entweder der Nähe oder aber der Distanz zur vorherrschenden Gestalt der repräsentativen Demokratie und beinhaltet keine darüberhinausgehenden Implikationen oder Bewertungen. Weitere unabhängige Variablen sind die ideologische Selbstverortung auf der Links-Rechts-Achse (binär gruppiert in moderate versus radikale Einstellungen) sowie die soziodemographischen Eigenschaften Geschlecht, Alter und Bildung (zur Kodierung der unabhängigen und der abhängigen Variablen siehe die Übersicht im Anhang).

Beide Basismodelle (Modelle A) beinhalten entsprechend dem Pseudo R<sup>2</sup> nach Nagelkerke einen vergleichsweise großen Erklärungswert (siehe Tabelle 3), der bei der – mehrdeutigeren – Zufriedenheitsfrage (siehe Abschnitt 2) etwas geringer ausfällt. Während von der Parteimitgliedschaftsdauer zwar signifikante, aber keine nennenswerten Effekte ausgehen, zeigen sich schwache im Kontext der individuellen Professionalisierung<sup>33</sup> des eigenen Parteagements über den Aufstieg innerhalb der Parteihierarchie, gegebenenfalls in Verbindung mit einem Parlamentsmandat. Wichtiger noch als das innerparteiliche Engagement ist aber die Zugehörigkeit entweder zu einer systemtragenden oder zu einer systemkritischen Partei (odds ratio = 0,047 für Vertrauen und 0,078 für Zufriedenheit). Jene stellt den organisatorischen Rahmen der individuellen Partizipation dar, der nach dem Regressionsmodell maßgeblichen Einfluss darauf hat, wie das individuelle Unterstützungsmaß eines Parteimitglieds ausfällt.

Dass die dichotom modellierte Links-Rechts-Selbstverortung keinen signifikanten Effekt hat, ist erklärbungsbedürftig. Offenbar ist weniger die individuelle ideologische Position, mehr oder minder weit von der politischen Mitte entfernt, entscheidend für generelle Einstellungen zur Demokratie und zu einer ihrer Verfassungsinstitutionen, sondern eher die Mikro-Makro-Verbindung aus persönlichen Werthaltungen und Sichtweisen auf die Politik einerseits und deren Einbettung – zusammen mit denen anderer Mitglieder – in die jeweilige Parteorganisation andererseits. Positive Einflüsse von Bildung sowohl für das Vertrauen als auch für die Zufriedenheit finden sich in beiden Basismodellen.<sup>34</sup> Nicht signifikant

32 Die logistische Regression wurde angewendet, weil die OLS-Regressionen bestimmte Modellbedingungen nicht erfüllten. Durch die Zusammenfassung der negativen und der positiven Antworten beider abhängiger Variablen war zwar ein Informationsverlust in Kauf zu nehmen, jedoch konnte so besser mit der fehlenden Mittelkategorie und der schiefen Verteilung der Zielvariablen umgegangen werden (siehe Abbildung 1).

33 Vgl. zum Begriff *Jens Borchert*, Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses, Frankfurt am Main 2002.

34 Vgl. grundlegend zum Einfluss sozioökonomischer Ressourcen auf Partizipation: *Sidney Verba / Norman H. Nie*, Participation in America: Political Democracy and Social Equality, New York 1972; und für jüngere Studien beispielsweise *Quinton Mayne / Armen Hakhverdian*, Education,

ist das Geschlecht. Dies ist insofern bemerkenswert, als es, eine Analyseebene vorgeschaltet, einen einflussreichen Faktor für die Bereitschaft bildet, überhaupt Mitglied einer Partei zu werden.<sup>35</sup> Beim Lebensalter ist ein Generationenbias erkennbar: Jüngere Parteimitgliederkohorten zeigen sich systemfreundlicher als ältere, was mit abnehmenden politischen Gestaltungsmöglichkeiten im Alter zusammenhängen könnte, aber für eine belastbare Aussage an anderer Stelle näher zu untersuchen wäre.

Um abschließend den Einfluss unterschiedlicher Partizipationsmuster auf die beiden hier analysierten politischen Unterstützungsarten und -objekte in Abhängigkeit der Parteizugehörigkeit zu testen, wurden jeweils zwei weitere Modelle geschätzt. Demnach beinhaltet Modell B die befragten Mitglieder der als systemkritisch kodierten Parteien AfD und Die Linke, Modell C die der anderen Bundestagsparteien. Herausgenommen wurden dementsprechend die Variablen Parteizugehörigkeit und ideologische Selbstverortung, so dass das Pseudo R<sup>2</sup>, wie zu erwarten war, gesunken ist. Die Ergebnisse beider Modelle deuten nunmehr darauf hin, dass das Vertrauen und die Zufriedenheit weniger innerhalb der Parteien geprägt werden, sondern außerhalb beziehungsweise vor dem Beitritt und dem daran anschließenden innerparteilichen Engagement.

Entscheidend für die zentrale Fragestellung dieses Beitrages ist, dass beide Modelle zum einen beim Engagement und zum anderen beim Vertrauen beziehungsweise bei der Zufriedenheit auf einen positiven Zusammenhang verweisen: Mit der individuellen politischen Professionalisierung eines Parteimitglieds (Variable „Engagementprofessionalität“) steigt dessen Systemunterstützung. Demnach nehmen die Mitglieder einer systemkritischen Partei, die Ämter und Mandate in und/oder für ihre Partei ausüben, eine systemfreundlichere Sicht ein, als die eher ehrenamtlich Engagierten. Nicht nachgewiesen werden konnte, dass in einer systemkritischen Partei zeitlich zunehmendes ehrenamtliches Engagement (Variable „Engagementintensität“) mit einem Unterstützungsentszug Hand in Hand geht: Zwar lassen sich die odds dementsprechend sowohl für das Vertrauen als auch für die Zufriedenheit interpretieren, jedoch sind sie nicht signifikant (siehe Modelle B in Tabelle 3).

#### 4. Parteiengagement als politische Zufriedenheits- und Unzufriedenheitsartikulation

Politikverdrossenheit wurde hier am Beispiel von aktiv partizipierenden Parteimitgliedern als fehlende oder gering ausgeprägte politische Unterstützung definiert und über eine Vertrauens- und eine Zufriedenheitsfrage, bezogen auf die Referenzobjekte politisches Regime und Deutscher Bundestag, operationalisiert und gemessen. Es konnten damit, anders als in der Einstellungsforschung eher üblich, die zumeist allgemeine Bevölkerungsumfragen zum Untersuchungsgegenstand erhebt, drei für das Funktionieren der Parteidemokratie bedeutsame Dimensionen empirisch analysiert werden.

Erstens: Da so gut wie alle individuellen politischen Akteure in Deutschland Vertreter einer Partei sind, verdienen deren Sicht und Einstellungen auf die Demokratie und ihre

Socialization, and Political Trust, in: *Sonja Zmerli / Tom W.G. van der Meer* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 11), S. 176 – 196; vgl. ferner *Harald Schoen*, Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung, in: *Jürgen W. Falter / ders.* (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden 2014, S. 169 – 239.

35 Für einen Überblick siehe *Beate Hoecker* (Hrsg.), *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*, Opladen 1998.

Bestandteile, die in der Regel von praktischen parteipolitischen Erfahrungen beeinflusst sind, generell besondere wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Es drohte Gefahr für die Stabilität einer demokratischen Ordnung, wenn ihr selbst oder gerade seitens ihrer sie tagtäglich – ehrenamtlich wie beruflich – ausgestaltenden Repräsentanten – auf den verschiedenen Ebenen von der Kommune über das Bundesland, den Bund und bis nach Europa – die Unterstützung entzogen würde. Diesbezüglich kann jedoch Entwarnung gegeben werden: Zum einen fällt die Unterstützung für alle aktiven Parteimitglieder zusammengenommen, trotz auffallender Niveauunterschiede zwischen dem Demokratievertrauen und der Bundestagszufriedenheit, ausreichend groß aus. Zum anderen erscheint sie – zumindest, wenn die Frage nach dem politischen Vertrauen herangezogen wird – als relativ stabil angelegt. Sie bröckelt jedoch zum linken und rechten Rand hin ab und mündet auf den Extrempolen in Ablehnung, rechts eher beginnend und akzentuierter als links.

Zweitens: Dass Partizipation und persönliche Einstellungen gegenüber der Politik bei aktiven Parteimitgliedern je nach Parteitypenzugehörigkeit teilweise verschiedenartig zusammenspielen, wirft für die Politische Kulturforschung weiterführende Fragen auf. Anzunehmen ist für die Mitglieder von AfD und Linke, dass viele von ihnen dort eingetreten sind, um ihrer persönlichen politischen Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Kritische Politikeinstellungen münden bei diesen somit in konventionellem und eben nicht – wie in der Literatur betont – in unkonventionellem Engagement oder dem Rückzug ins Private. Dabei zeigt sich, dass der Intensitätsgrad des ehrenamtlichen Engagements keinen signifikanten Effekt ausübt, aber bei der individuellen Professionalisierung hingegen immerhin ein schwächer positiver, zudem signifikanter vorliegt. Dies lässt bei aller gebotenen Vorsicht leise Zweifel aufkommen, ob dem rhetorischen Rütteln an den Grundfesten der etablierten Politik auch ein tatsächliches folgen würde, wenn die dafür notwendige Gestaltungsmacht vorläge.

Drittens: Die untersuchten Parteien links und rechts des Mittespektrums absorbieren und kanalisierten politische Unzufriedenheit. Welche Konsequenz daraus für das Partiensystem erwächst, ist jedoch unklar, schließlich stellen systemkritische beziehungsweise populistische Parteien per definitionem Teile der institutionellen Ordnung, vor allem deren Verfahren und Akteure in Frage. Zuviel Optimismus erscheint nicht angebracht. Wahrscheinlich dürften Verstärkungseffekte politischer Verdrossenheit beim Zusammentreffen mit Gleichgesinnten und anderen Unzufriedenen innerhalb derselben Partei zunächst kaum durch institutionelle Zähmungseffekte des konventionellen Engagements oder aufgrund von positiver Politikgestaltungserfahrungen abgeschwächt oder gehemmt werden. Dass längerfristiges Engagement in einer systemkritischen Partei zu einem Vertrauens- und Zufriedenheitsanstieg beiträgt, kann man zwar hoffen, ist aber ungewiss. Aus den analysierten Daten lässt sich immerhin die Schlussfolgerung gewinnen, dass der programmatische Weg, den eine systemkritische Partei nimmt, nicht unerheblich dafür sein wird. Klar ist dagegen, dass der Abgesang auf die Parteidemokratie<sup>36</sup> verfrüh erscheint, denn ist es nicht eine ihrer elementaren Funktionen, gesellschaftlichen Problemlagen, gerade auch politisch bisher nicht oder unterrepräsentierten, durch das Zulassen neuer Parteien eine Stimme zu geben, sie an den repräsentativen Verfahren teilhaben zu lassen und so letztendlich systemadäquat politisch integrierend zu wirken?

36 Zur aktuellen Debatte vgl. beispielsweise Sebastian Bukow / Uwe Jun / Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien in Staat und Gesellschaft. Zum Verhältnis von Partienstaat und Parteidemokratie, Wiesbaden 2016.

Anhang: Übersicht zur Kodierung der unabhängigen und der abhängigen Variablen			
Variable	Erläuterung	Kodierung	Deskriptive Statistik
Vertrauen in die Demokratie	Frage: „Wie viel Vertrauen haben Sie ganz allgemein in die repräsentative Demokratie der Bundesrepublik Deutschland?“	0 = gar kein Vertrauen / wenig Vertrauen 1 = großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	N = 7.779
Zufriedenheit mit dem Bundestag	Frage: „Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie der Deutsche Bundestag funktioniert?“	0 = gar nicht zufrieden / weniger zufrieden 1 = zufrieden und sehr zufrieden	N = 7.806
Parteimitgliedschaftsdauer	Subtraktion des angegebenen Parteibeitrittsjahres vom Kalenderjahr, in dem die Befragung stattfand	metrische Variable	N = 7.614; aM = 15,7 Mdn = 11 s = 14,3 min = 0 max = 70
Engagementprofessionnalität	Frage: „Bitte geben Sie alle Ihre aktuell ausgeübten politischen Positionen auf der dazugehörigen Ebene an.“ Summierte Werte der höchsten angegebenen Zugehörigkeiten zu a) Parteivorständen und b) Parlamenten; Kodierung: Mitglied ohne Vorstandsposition oder Parlamentsmandat = 1, [...] Kreisvorstand oder kommunales Mandat = 3, [...] Bundesvorstand oder Bundestagsabgeordneter = 6, [...]	Summenindex	N = 7.787 aM = 3,3 Mdn = 3 s = 2,1 min = 1 max = 13
Engagementintensität	Frage: „Wenn Sie einmal den Wahlkampf außer Acht lassen, wie viel Zeit wenden Sie regelmäßig für die ehrenamtliche Parteiarbeit auf? (Bitte geben Sie die ungefähre durchschnittliche Stundenzahl pro Monat an.)“	1 = bis 5 Stunden, 2 = 6 bis 20 Stunden, 3 = mehr als 21 Stunden	N = 6.967
Ideologische Selbstverortung	Frage: „Man spricht in der Politik immer wieder von ‚links‘ und ‚rechts‘. Wenn Sie einmal an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie sich auf einer Skala einordnen, bei der 1 ‚links‘ bedeutet und 11 ‚rechts‘? Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Einschätzung abstufen.“ Kodiert als Dummy-Variable mit 3 bis 9 = moderate Einstellungen; 1 und 2 sowie 10 und 11 = extreme Einstellungen	0 = moderat 1 = extrem	N = 7.745
Parteizugehörigkeit	Kodiert als Dummy-Variable mit CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne = systemtragend; Linke, AfD = systemkritisch	0 = systemtragend 1 = systemkritisch	N = 7.931
Ge-schlecht	–	0 = männlich 1 = weiblich anderes oder keine Angabe = 99	N = 7.380
Alter	Subtraktion des angegebenen Geburtsjahrs vom Kalenderjahr, in dem die Befragung stattfand	1 = 40 bis 55 Jahre 2 = 18 bis 39 Jahre 3 = ab 56 Jahre	N = 6.826
Bildung	Frage: „Was ist Ihr höchster Bildungsabschluss?“ ohne Schulabschluss, Haupt- oder Volksschulabschluss, Mittlere Reife oder Abschluss der polytechnischen Oberschule = niedriges Bildungsniveau; Abitur, Fachhochschulreife (Gymnasium oder erweiterte Oberschule EOS) = mittleres Bildungsniveau; Universitäts-, Hochschul- beziehungsweise Fachhochschulabschluss, Promotion = hohes Bildungsniveau	1 = niedriges Bildungsniveau 2 = mittleres Bildungsniveau 3 = hohes Bildungsniveau	N = 7.596

Anmerkung: N = Fallzahl, aM = arithmetisches Mittel, Mdn = Median, s = Standardabweichung, min = Minimum, max = Maximum, fehlende Werte = Missing Value (99).